

Materialien und Thesen zum Kölner Haushalt (April 2003)

Kürzungen, Ursachen, Perspektiven

Nach dem Kassensturz für das Jahr 2002 steht fest: Im Etat klafft ein Loch von mehr als 500 Millionen Euro. Während der adlige Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) von Oppenheim zur Behebung der Finanzmisere ein Mal mehr das Hohelied des Neoliberalismus anstimmt, weitere Privatisierungen städtischer Einrichtungen und sogar betriebsbedingte Kündigungen bei der Stadtverwaltung fordert, steht Regierungspräsident Roters schon als Vertreter des Landes vor der Tür, um per „Notstandsverwaltung“ das Kommando im Rathaus zu übernehmen.

Die mit der CDU verbandelte grüne Partei hat im schwarz-grünen Koalitionsvertrag „nachhaltige Haushaltssanierungen“ vereinbart und Kürzungen im Verwaltungshaushalt von jährlich 55 Millionen Euro angekündigt. Weil Kürzungen bei der Jugend- und Sozialhilfe und bei den Löhnen und Gehältern der Beschäftigten rechtlich (noch) nicht machbar sind, da ihnen Bundesgesetze bzw. der Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) im Weg stehen, geht es jetzt den freiwilligen sozialen Leistungen an den Kragen.

Die schwarz-grüne Rathauskoalition hat die Verwaltung beauftragt, kurzfristig Vorschläge für Einsparungen von über 50 Millionen Euro zu unterbreiten. Der verwaltungsinterne „Katalog der Grausamkeiten“ liegt inzwischen vor.

Wir Jusos lehnen die Pläne der bürgerlichen Rathauskoalition ab. Wir werden uns an den Protesten gegen den Ausverkauf unserer Stadt aktiv beteiligen.

Wir Jusos lehnen ebenfalls die geplanten Cross-Border-Leasing-Geschäfte (CBL-Geschäfte) der städtischen Tochter GEW Rheinenergie wegen der hohen Risiken ab (siehe Antrag der Jusos Altstadt Süd vom 29.03.2003). Wir fordern die SPD-Ratsfraktion auf, sich endlich klar und deutlich gegen CBL-Geschäfte zu positionieren. Wir werden

nicht zögern, vor der Kommunalwahl 2004 ein Bürgerbegehren, das sich gegen die CBL-Pläne der GEW Rheinenergie richtet, zu unterstützen.

CBL-Geschäfte wirken mittelfristig als Privatisierungen durch die Hintertür. Sie entmachten die Städte und ihre Bürger zugunsten der Interessen des internationalen Finanzkapitals. Sie sind kein geeignetes Mittel zur Haushaltskonsolidierung.

Schwarz-grüner „Katalog der Grausamkeiten“

Das interkulturelle Referat soll Personalkosten in Höhe von über 200.000 Euro einsparen, bei den Zentren für Ausländerintegration, beim interkulturellen Flüchtlingszentrum, der Caritas-Asylberatung und beim Aktionsprogramm gegen Gewalt sollen über 275.000 Euro gestrichen werden. Die Kölner Interkulturellen Zentren geben an, bei Verwirklichung der angekündigten Reduzierung der städtischen Zuschüsse stünden sie „vor der kurzfristigen Schließung“.

Die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen u. a. für Jugendliche soll bis zum Jahr 2004 um 590.000 Euro reduziert werden.

Kleineren Schulen soll der eigene Hausmeister gestrichen werden. Dazu erklärt die Verwaltung: „Es ist zu erwarten, dass die personellen Einsparungen sich u. a. negativ auf die Sauberkeit in den Schulgebäuden auswirken.. Diese ist bereits jetzt Gegenstand öffentlicher Diskussionen.“ Auch die Reinigungshäufigkeiten in den Verwaltungsgebäuden will Oberbürgermeister Schramma reduzieren und über 1 Million Euro sparen. Die Grünanlagen und Kinderspielplätze will Schramma weniger häufig reinigen lassen und kürzt den Abfallwirtschaftsbetrieben den Zuschuss (800.000 Euro). Köln solle „putzmunter“ werden, erklärte der Oberbürgermeister derweil im „Express“ und forderte die Kölnerinnen und Kölner auf, mit anzupacken und den Besen zu schwingen. Demnächst auch in den städtischen Schulen, Kinderspielplätze und Grünanlagen?

Den Selbsthilfegruppen, den sozialpsychiatrischen Zentren, der AIDS-Hilfe und der Schwangerschaftsberatungsstelle ‚Donum Vitae‘ sollen knapp 80.000 Euro gestrichen werden.

Einen rechtsrheinischen Drogenkonsumraum, der verhindern könnte, dass Abhängige sich in der Innenstadt auf kriminelle Art und Weise Geld für den Erwerb von Drogen beschaffen, wird es nicht geben (eingesparte Ausgaben: 300.000 Euro). Weil die Abhängigen häufig auch an der Immunschwächekrankheit AIDS leiden, sind sie bisher psychologisch im Sachgebiet „AIDS-Koordination“ beraten worden. Indem der zuständige Psychologe versetzt und das Sachgebiet aufgelöst wird, sollen knapp 50.000 Euro eingespart werden.

Die Bezirksgeschäftsstellen der Volkshochschule sollen aufgelöst werden (Einsparung: 191.000 Euro).

Zum Rechtsanspruch auf Sozialhilfe für Hilfebedürftige erklärt die Kölner Stadtverwaltung zynisch: „Steigerung der Effizienz und Effektivität in der Sozialhilfe durch Optimierung der fach- und sachgerechten Hilfestellung durch Einbeziehung aller Sozialhilfeempfänger in die Neuorientierung der Sozialhilfe sowie Regulierung der Bestandsfälle durch regelmäßiges ‚Clearing‘.“ Geplantes Einsparvolumen: 7,3 Millionen Euro bis 2004. Es ist zu befürchten, dass Kölnerinnen und Kölnern, die in Not geraten sind bzw. keinen Anspruch mehr auf Leistungen des Arbeitsamtes haben, in den nächsten Jahren ihr gutes Recht auf Sozialhilfe rechtswidrig verweigert wird, weil Schwarz-Grün auf ihrem Rücken den Kölner Haushalt sanieren will.

Aber nicht nur der Sozialbereich ist in das Visier der schwarz-grünen Schramma-Verwaltung geraten: Genau so arg soll es den Jugendbereich treffen. 822.000 Euro sollen gespart werden durch Kürzung der Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände, den Verein ‚Frauen helfen Frauen‘, an Erholungsmaßnahmen für Behinderte, an das Kölner Arbeitslosenzentrum, Selbsthilfegruppen, die Schuldnerhilfe, das Schwulen- und Lesbenzentrum ‚Schulz‘, den Vingster Treff und viele andere mehr.

Die Jugendverbände sollen über 670.000 Euro weniger von der Stadt Köln erhalten. Dazu erklärt die Evangelische Jugend in Köln am 07.03.2003: „(...) In Stadtteilen mit besonderem Förderungsbedarf sind viele Projekte für Kinder und Jugendliche in Gefahr. (...) 50 Prozent Kürzungen bei den Zuschüssen der Stadt Köln an die Jugendverbände = 50 Prozent weniger Möglichkeiten für die Kinder- und Jugendarbeit. Geringere Zuschüsse für Freizeiten und Bildungsmaßnahmen = höhere Eigenanteile der Teilnehmerinnen: Wer das nicht hat, bleibt zu Hause.“ Die

Familienberatungsstellen in Rodenkirchen, Porz, Mülheim und Chorweiler sollen geschlossen werden.

Die Bürgerhäuser werden mit insgesamt 620.000 Euro zur Kasse gebeten, so dass die Arbeit der meisten Einrichtungen in Frage gestellt ist. Im Bürgerzentrum Ehrenfeld können die Schulkinder nachmittags nicht mehr betreut werden.

Die „dezentrale Kulturförderung“ soll 2004 aufgelöst werden. Die Museen sollen ab 2004 jährlich 3,25 Millionen Euro weniger erhalten. Diese Maßnahmen würden zur Schließung der Grafikstudios, zur Erhöhung der Kursgebühren, die Schließung der Kunst- und Museumsbibliothek und erheblichen Reduzierungen bei der Unterhaltung der Sammlungen führen. Die Bauunterhaltung soll nur noch erfolgen, wenn die Stadt dazu verpflichtet ist, so dass die Gebäude der Museen nach jahrelanger Vernachlässigung drohen marode zu werden. Später werden dann umso höhere Kosten auf die Stadt zukommen.

Das historische Archiv in Porz soll geschlossen werden (Einsparung 130.000 Euro). Die freien Bühnen sollen insgesamt ab 1,43 Millionen Euro jährlich weniger Zuschüsse erhalten. Die ‚freie Szene‘ ist dadurch in ihrer Existenz akut bedroht.

Die Stadtverwaltung plant außerdem die Schließung der Stadtteilbibliotheken in Bocklemünd, in Neubrück, in der Südstadt (Haus Balchem) und die Schließung der Blindenbibliothek in der Zentralbibliothek am Neumarkt.

Vier von neun Meldehallen in den Bezirksämtern sollen geschlossen werden (Kölner Stadtanzeiger vom 12.04.2003), so dass längere Wege auf die Kölnerinnen und Kölner zukommen, wenn sie z. B. einen Personalausweis verlängern wollen.

Alle diese Einrichtungen, die einst die alte Arbeiterbewegung und später die Frauen- und die Ökologiebewegung dem klassischen liberalen Nachtwächterstaat, der sich auf die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung beschränkte, abgetrotzt hatten, sollen nun wieder verschwinden.

Um das Defizit zu decken, plant Schwarz-Grün außerdem den Verkauf des Kölner Tafelsilbers: Aktien am Energiekonzern RWE im Wert von 180 Millionen Euro sollen

verkauft werden. Die Stadtwerke und die städtischen Wohnungsunternehmen GAG und Grubo sollen höhere Gewinne erzielen und an den städtischen Haushalt abführen. Sie werden sich das Geld bei ihren Kunden bzw. ihren Mietern wiederholen müssen.

Rot-grüne (Steuer-)politik in Berlin und Düsseldorf

Haben die Kölner „permanent über ihre Verhältnisse gelebt“, wie es die Grünen uns versuchen zu suggerieren und ihre Kürzungen mit der Öko-Phrase „nachhaltig“ begründen? Oder ist die rot-grüne Bundesregierung für die Einnahmeausfälle der Stadt Köln verantwortlich?

Seit dem Jahr 2001 übersteigen im Kölner Verwaltungshaushalt die Ausgaben die Einnahmen, so dass der Haushalt am Jahresende nur durch Zuführungen aus dem Vermögenshaushalt ausgeglichen werden konnte. D. h. die Zuführungen vom Vermögens- zum Verwaltungshaushalt waren höher als die Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt: Im Jahr 2001 flossen 43 Millionen Euro aus dem Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt, die Ansätze für das Jahr 2002 gehen schon von 143 Millionen Euro aus.

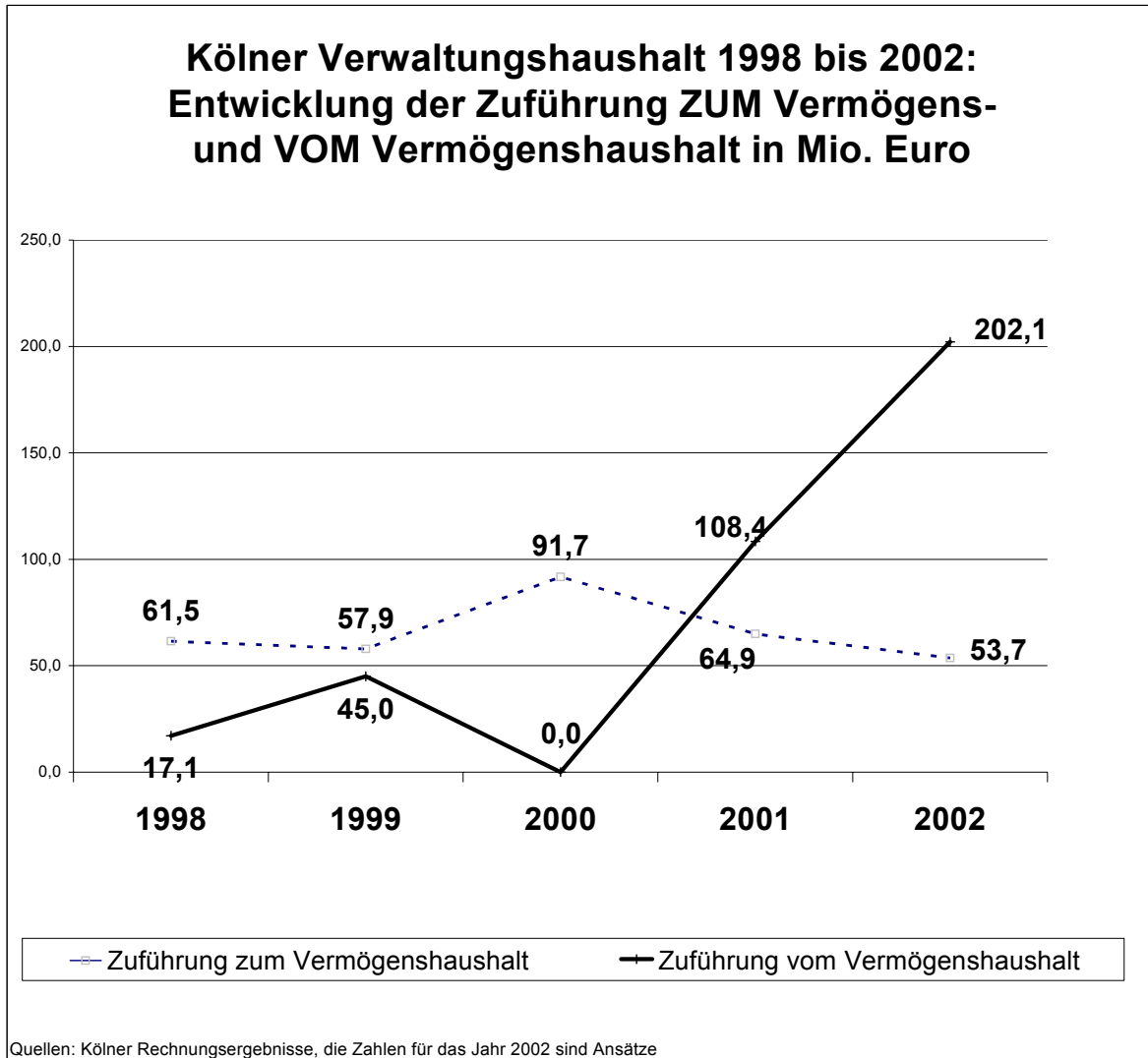
Doch woher könnten die Millionenbeträge stammen, die vom Kölner Vermögens- zum Verwaltungshaushalt fließen, um dort das Defizit auszugleichen? Es gibt drei legale Möglichkeiten:

Erstens aus dem Verkauf von städtischem Vermögen (z. B. durch Privatisierungen), zweitens aus entsprechenden Kreditaufnahmen (also höheren Schulden) und drittens aus Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage.

Letztere Möglichkeit fungiert als eine Art „geheimer Tunnel“ zwischen Vermögens- und Verwaltungshaushalt, der, versteckt im Zahlenwirrwarr eine über tausendseitigen Haushaltsplanes, nur Szeneangehörigen bekannt ist:

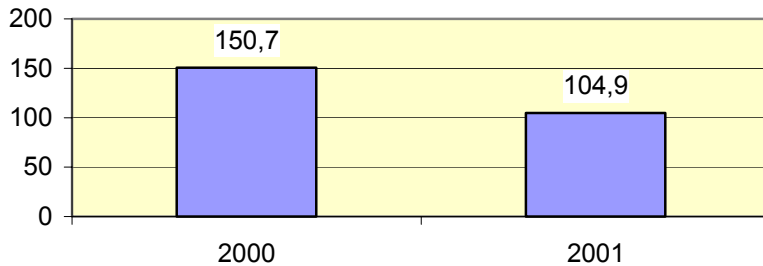
„Mittel der allgemeinen Rücklage dürfen zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes verwendet werden, wenn sonst der Ausgleich trotz Ausschöpfung aller Einnahmelmöglichkeiten und Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit nicht erreicht werden

kann.“ (Paragraf 22 Absatz 3 Satz 1 Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen)



Im Jahr 2001 waren der allgemeinen Rücklage 54,9 Millionen Euro entnommen worden, „um das Defizit des Verwaltungshaushaltes zu reduzieren“ (Haushaltsplan 2003). Weitere 14,4 Millionen Euro stammten aus einer frühen Privatisierungsaktion beim städtischen Wohnungsunternehmen GAG. Die Stadt hatte weitgehend unbemerkt im Zuge einer Kapitalerhöhung einige GAG-Aktien verkauft.

Stand der allgemeinen Rücklage in Köln am Jahresende 2000 und 2001 in Millionen Euro



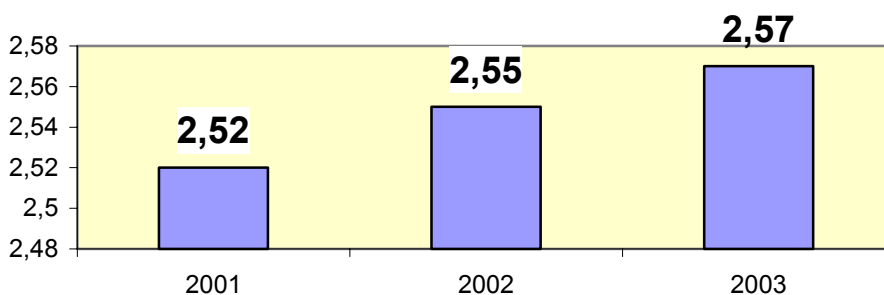
Quellen: Haushaltspläne der Stadt Köln

Zwei Jahre später scheiterte der Versuch von CDU und FDP, das aktuelle Defizit im Kölner Haushalt durch den vollständigen Verkauf von GAG und Grubo auszugleichen.

Auch in München ist diese Praxis gang und gäbe: „Schon im vergangenen Jahr konnte der Verwaltungshaushalt lediglich durch Zuführungen aus dem Vermögenshaushalt, in dem die Investitionen geregelt werden, ausgeglichen werden.“ (FAZ vom 29.03.2003)

Der Kölner Schuldenberg, der Anfang 2002 bereits 2,52 Milliarden Euro hoch war, soll nach den Planungen der schwarz-grünen Koalition bis Ende 2003 weiter auf 2,57 Milliarden Euro steigen.

Schuldenstand der Stadt Köln in Milliarden Euro am Jahresende 2001 bis 2003

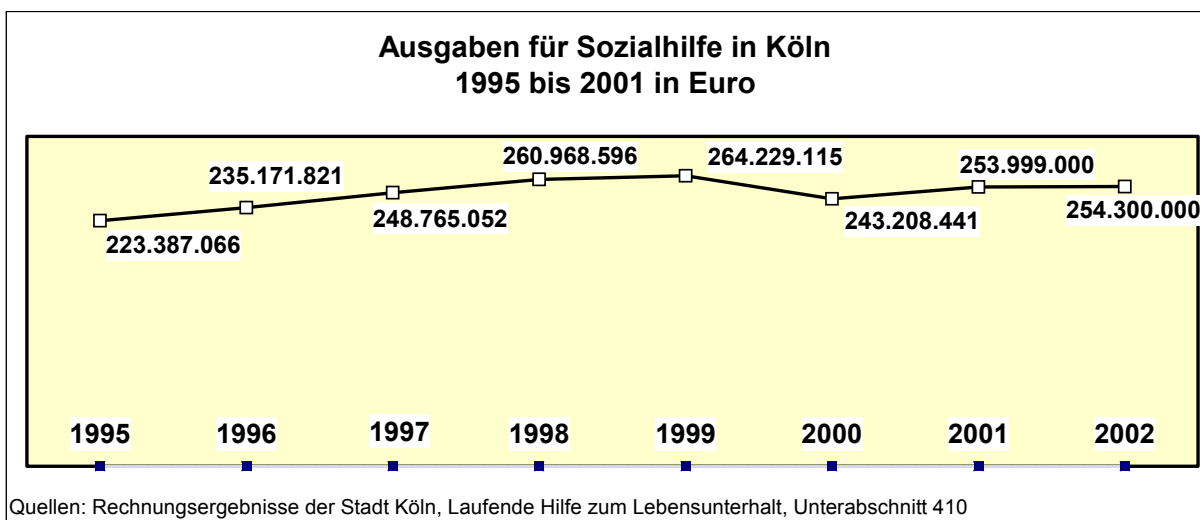


Quellen: Haushaltspläne der Stadt Köln

Verantwortlich für diese Schieflage sind auch die hohen Ausgaben für die Sozialhilfeempfänger. Deren Zahl erhöhte sich zwischen 1995 und 2001 um 5.000 Personen auf knapp 65.000.

Die jährlichen Ausgaben für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhöhte sich im selben Zeitraum von 223 auf 254 Millionen Euro. Nach Ende des „New-Economy“-Booms, der beginnenden Konjunkturflaute und den Turbulenzen auf den Weltfinanzmärkten stiegen auch in Köln im Laufe des Jahres 2002 die Arbeitslosenzahlen wieder an und lassen schnell auch die Sozialhilfeausgaben weiter steigen.

Aber nicht nur Arme belasten den Kölner Haushalt: Köln leistet sich auch für seine bürgerlichen Einwohner und Besucher im Vergleich zu Ruhrgebietsstädten ähnlicher Größenordnung weitaus kostspieligere Museums- und Theaterlandschaft.



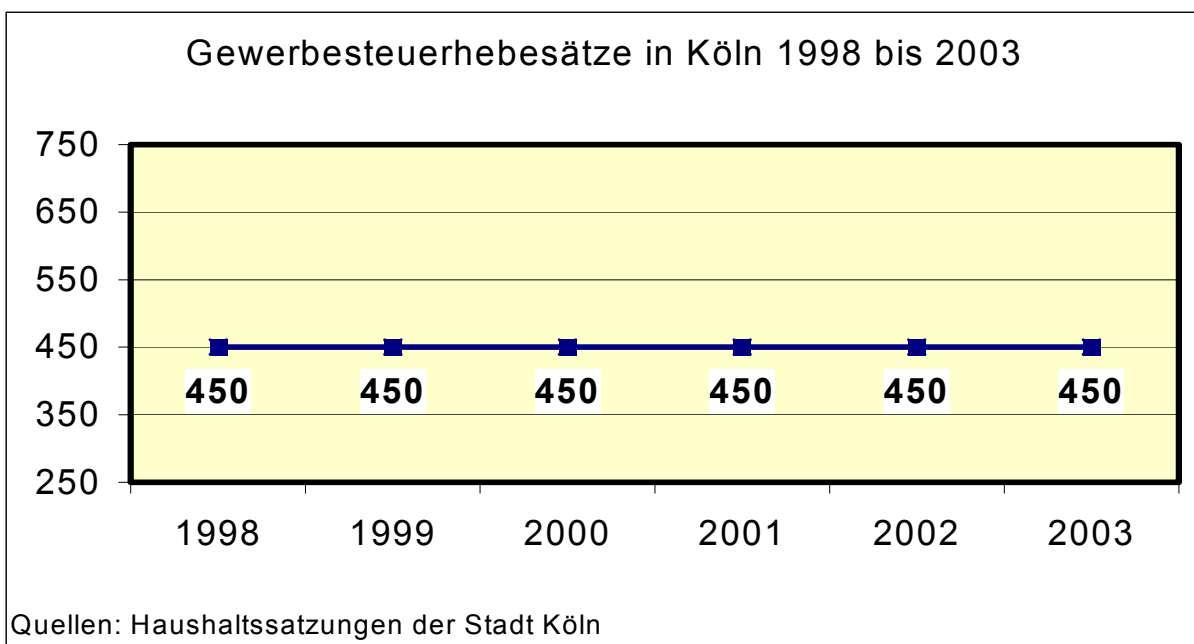
Auch die Finanzierung kommerzieller Massenkultur wird in Köln kommunal geschultert: Während andere Städte in der Region ihre neuen bzw. modernisierten Fussball-Stadien überwiegend privat finanzieren (Gelsenkirchen, Dortmund, Mönchengladbach), ist in Köln Kritik an der überwiegend kommunalen Finanzierung des neuen Stadions in Müngersdorf tabuisiert.

Nur hinter vorgehaltener Hand wagen non-konforme Aktivisten Kritik. Viele Kritiker dagegen fürchten, von der in nächtlichen Kneipenhinterzimmern und vormittäglichen

Rathaus-Klüngelrunden tonangebenden „Köln-zuerst“-Fraktion als „unkölsche Gesellen“ stigmatisiert zu werden.

Der Gewerbesteuerhebesatz liegt in Köln seit vielen Jahren konstant bei 450 Punkten. Die Gemeinden haben das Recht, mit einem Hundertsatz (Hebesatz) die Höhe der Gewerbesteuer festzusetzen. Mit Hilfe der Gewerbesteuer könnten die Kölner Unternehmen direkt zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben herangezogen werden.

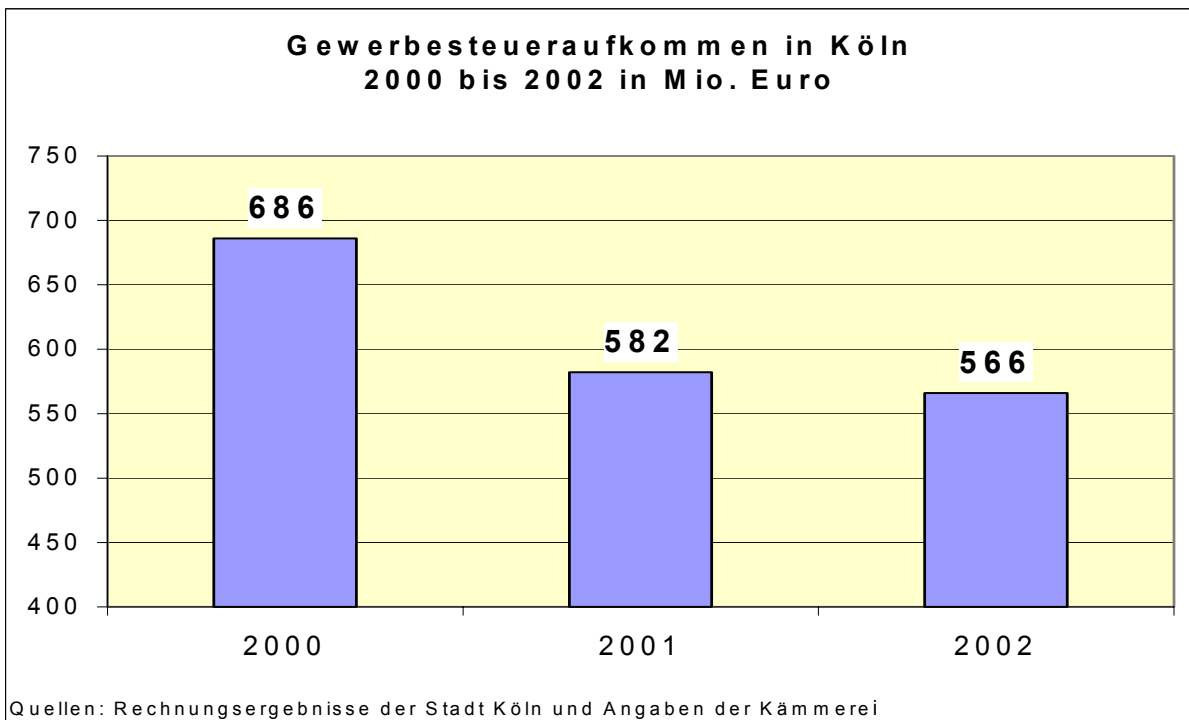
Eine naheliegende Erhöhung des Hebesatzes, der mit dazu beitragen würde, die Lasten bei der Sanierung des Kölner Haushalte auch auf die Schultern der Reichen und Mächtigen zu verteilen, wird von der bürgerlichen Koalition kategorisch ausgeschlossen. Der Standort Köln, so wird argumentiert, drohe ansonsten Schaden zu nehmen.



Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sanken indes von 711 Millionen Euro 1997 auf nur noch 582 Millionen Euro im Jahr 2001.

Neben der schwachen Konjunktur hat die unternehmerfreundliche Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung die Stadt Köln um weitere Einnahmen gebracht. 1998 ist zunächst die Gewerbesteuer amputiert worden, in dem das Gewerbekapital von der Besteuerung freigestellt worden ist. Seitdem ist nur noch der Gewerbeertrag

Gegenstand der Gewerbesteuer. Stattdessen sind die Gemeinden an der Umsatzsteuer beteiligt worden, so dass die Verbraucher zur Finanzierung herangezogen und die Unternehmen davon freigestellt worden sind. Die zusätzlichen Einnahmen haben aber die wegbrechenden Gewerbesteuereinnahmen nicht wettmachen können.



Seit 2001 hat Bundesfinanzminister Eichel seine Politik zu Lasten der Gemeinden weiter radikalisiert.

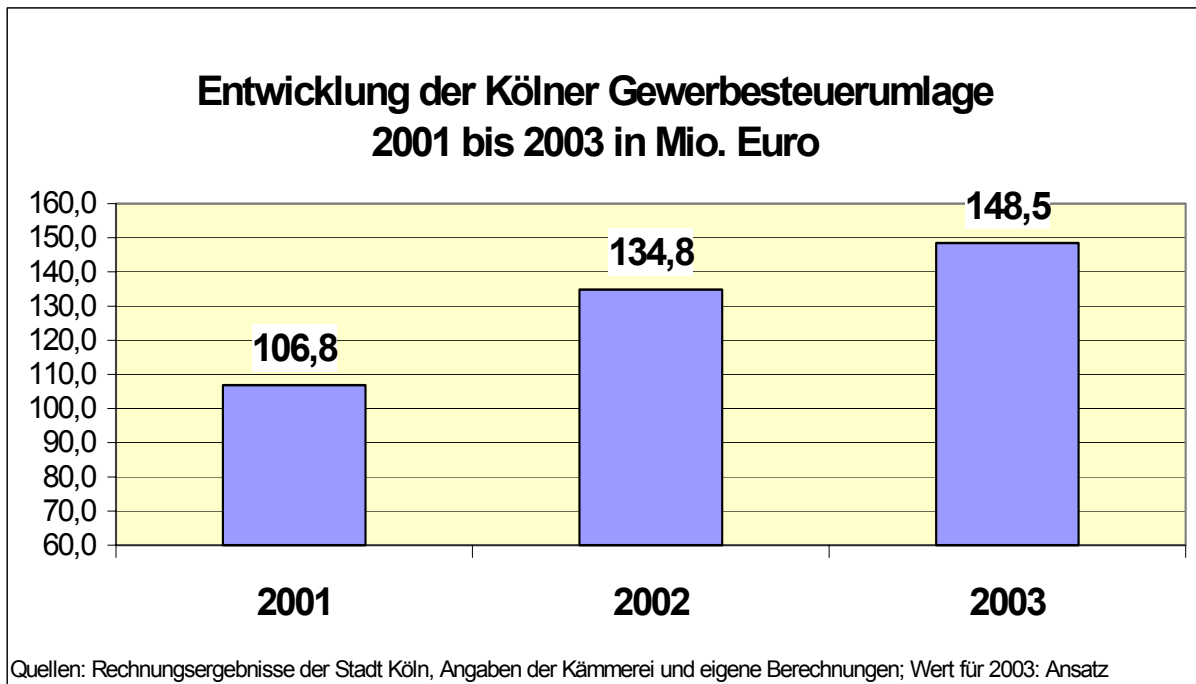
Seine Steuerreform brachte der Stadt Köln weitere Belastungen. Er erhöhte die Gewerbesteuerumlage.

Die Gewerbesteuerumlage ist der Teil der Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Köln, den diese wieder an das Land abführen muss. Eichel erhöhte trotz heftiger Proteste des Städtetages den „Vervielfältiger“ sukzessive von 83 Punkten (2000) auf 113 Punkte (2006).

Der „Vervielfältiger“ wird mit dem mit dem Bruch aus Gewerbesteueraufkommen und Hebesatz multipliziert. Das Ergebnis ist die Höhe der jährlichen Gewerbesteuerumlage.

Für Köln bedeutet dies zusätzliche Belastungen in Höhe von 27 Millionen Euro in den Jahren 2001 und 2002 zugunsten von Bund und Land.

Die Stadt Köln muss 2003 einen Betrag von über 38,1 Millionen Euro an das Land Nordrhein-Westfalen zurückzahlen, weil sie 2001 mehr Geld aus den Schlüsselzuweisungen des Landes erhalten hatte, als ihr eigentlich zugestanden hätte.



Die Berechnung der Schlüsselzuweisungen erfolgt als Prognose. Kriterien sind u. a. die Steuereinnahmen des Landes (Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer). Eichels Steuerreform hat aber die Unternehmen derart entlastet, dass auch dem Land erhebliche Wenigereinnahmen entstanden sind. Daraufhin reduzieren sich auch die Schlüsselzuweisungen an die Städte und Gemeinden.

Die rot-grüne Koalition in Düsseldorf hat mit ihrem „Modernisierungsgesetz“ Aufgaben an die Kommunen übertragen ohne gleichzeitig für eine entsprechende finanzielle Kompensation zu sorgen. Bis 2004 sollen die Kommunen die Kosten für die stationäre Pflege komplett übernehmen. Die Stadt Köln muss in Zukunft die Investitionen in ambulante Pflegeeinrichtungen selber tragen. Auch die Kosten für das Pflegewohnungsgeld muss die Stadt Köln zukünftig finanzieren. Bis 2004 kommen insgesamt Ausgaben von 55 Millionen Euro auf die Stadt Köln zu.

Der Landschaftsverband Rheinland, die Nachfolgebehörde der alten preussischen Rheinprovinz, hat die Landschaftsverbandsumlage, mit der die rheinischen Kommunen den Landschaftsverband finanzieren, von 16,7 Prozent (2000) auf 17,3 Prozent im Jahre 2004 angehoben. Schon die Erhöhung um 0,5 Punkte von 2001 auf 2002 hatte zu zusätzlichen Belastungen der Stadt Köln in Höhe von 6,1 Millionen Euro geführt.

Die von der rot-grünen Bundesregierung eingeführte Grundsicherung belastet den Haushalt der Stadt Köln mit zusätzlichen 27,5 Millionen Euro.

Der von der rot-grünen Landesregierung eingeführte Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz hat die Stadt Köln seit 1996 etwa 40 Millionen Euro gekostet.

Für eine politische Reform der Gemeindefinanzierung

Kommunen und lohnabhängig Beschäftigte sind die Verlierer der herrschenden neoliberalen Kürzungs- und Privatisierungspolitik.

Eine politische Reform der Gemeindefinanzierung wird es nur dann geben, wenn es zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel in der herrschenden Wirtschafts- und Sozialpolitik kommt.

Der geforderte Paradigmenwechsel muss u. a. umfassen (Vgl.: Hickel, Rudolf, Kurzthesen zum Thema ‚Gemeinden in der Finanzkrise – Schicksal oder Folge neoliberaler Praxis - Auswege‘, Reutlingen 2003, S. 3ff):

- Auflage eines öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramms im Umfang von 20 Milliarden Euro zugunsten der Kommunen
- Rückführung der Gewerbesteuerumlage
- Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 15 auf 16 Prozent
- Erweiterung des Kreises der Gewerbesteuerpflichtigen auf die freien Berufe und die Landwirtschaft
- Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer (Vgl. Vorschlag des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für eine modernisierte Gewerbesteuer, 11.03.2003)

Der SPD-Kämmerer der Stadt München hat Recht: „Ohne höhere Steuern lassen sich die Gemeindefinanzen nicht sanieren.“ (Süddeutsche Zeitung, 01.04.2003)

Das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) muss endlich verfassungsrechtlich festgeschrieben werden. Es ist nicht Aufgabe der Kommunen, staatliche Aufgaben wahrzunehmen.

Für eine recycelte Doppelstrategie

Wir Jusos begrüßen die Initiative zur Gründung eines Kölner Sozialforums. Nicht nur, weil es ein politisches Forum für die real Betroffenen und eine Keimzelle von Widerstand und zivilgesellschaftlichem Engagement werden könnte, sondern auch deshalb, weil sich nirgendwo anders als vor Ort die Auswirkungen der neoliberalen Austeritäts- und Privatisierungspolitik (u. a. Maastrichter Konvergenzkriterien, GATS) besser veranschaulichen lassen.

Wir können Kommunalpolitik volkspädagogisch einbetten in den Kontext der neuen globalen antikapitalistischen Bewegung.

Für uns Jusos bieten die Konflikte um die geplanten Kürzungen im Kölner Haushalt und die geplanten CBL-Geschäfte auch die große Chance, unsere alte Doppelstrategie der Verbindung außerparlamentarischer und institutioneller Politik zu recyceln und die pragmatisch orientierten Teile des Juso-Verbandes ("Kommunalos") dabei mitzunehmen.

Es wird keine Reform der Gemeindefinanzen geben, die diesen Namen verdient, wenn es nicht gelingt, Verteilungspolitik zugunsten der lohnabhängig Beschäftigten und der öffentlichen Hand wieder auf die politische Agenda zu hieven.

Es ist daher anzustreben, dass der von der poststalinistischen Stamokap-Strömung dominierte attac-Arbeitskreis ‚Umverteilen‘ endlich lernt, in reale Verteilungskämpfe vor Ort zu intervenieren, statt nur im Stil der akademischen Linken der siebziger Jahren abstrakte Reformkonzepte zu entwerfen.

Das gilt auch für die Kölner Ortsgruppe der Internationalen Sozialistischen Linken (ISL). Die vielbeschworene "Neuformierung der europäischen antikapitalistischen Linken" wird sich auf der Basis der Kämpfe in den Metropolen vollziehen, keinesfalls jedoch allein durch die pure Addition der "alten" Organisationen der revolutionären sozialistischen Linken.

Es besteht aber auf der anderen Seite auch die Gefahr, dass das Kölner Sozialforum zu einer weiteren Spielwiese einer kommunalpolitisch inkompetenten und politisch zu Recht gescheiterten linksradikalen Szene und ihrer postmaterialistischen Nischen- und Kuschelthemen (Flüchtlinge, Bauwagenplatz, Antifa) wird.

Wenn es nicht gelingen sollte, die Basis des Sozialforums schnell auf Selbsthilfegruppen, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und andere maßgebliche soziale Kräfte auszuweiten, wird das Kölner Sozialforum keine politische Legitimität erlangen und scheitern.